

- ☐ Bürgermeister
- ☐ Büro des Bürgermeisters
- ☐ Finanzen/Controlling
- ☐ Rechtsamt
- ☐ Eigenbetrieb Stadtwerke
- ☐ Interne Frauenbeauftragte

- ☐ Fachbereich I
Zentrale Verwaltung
- ☐ Fachbereich II
Soziales/Ordnungswesen/Stadtbüro
- ☐ Fachbereich III
Bauamt
- ☐ Fachbereich IV
Gesellschaft und Bildung
- ☐ Fachbereich V
Immobilienmanagement

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr

17. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr am 2. September 2019

TOP 3

**Ablehnung der Streckenplanung Güterverkehrsstrasse "Variante a" durch die Deutsche Bahn; Antrag der CDU-Fraktion
Drucksache: 10/0805**

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 22. August 2019 die Drucksache an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr überwiesen. Die Ergebnisse der Aufträge an die Verwaltung werden mit der Drucksache 10/0805/1 beantwortet.

Bürgermeister Möller verteilt die Tischvorlage Drucksache 10/0805/1. Das Rechtsamt hat hierin die Voraussetzungen einer Klageerhebung dargestellt. Vor Erlass eines Planfeststellungsbeschlusses wird keine Möglichkeit des Rechtsschutzes gesehen.

Es werden Rückfragen zu den Erfolgsaussichten einer Klage einerseits aufgrund der Verletzung des Selbstverwaltungsrechts der Kommune und andererseits aufgrund der Betroffenheit als Grundstückseigentümer gestellt.

Von Seiten der Verwaltung wird die Erfolgsaussicht einer Klage aufgrund der Verletzung von Rechten als Eigentümer von Grundstücken höher eingeschätzt. Bürgermeister Möller stellt die Möglichkeit einer Klagegemeinschaft der Stadt mit anderen betroffenen Grundstückseigentümern vor, die zur gegebenen Zeit von der Stadt angesprochen werden können.

Die SPD-Fraktion beantragt die Punkte 1 sowie 2 und den Punkt 3 gesondert abzustimmen und den Punkt 3 im Ausschuss zu belassen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

1. Die seitens der Deutschen Bahn in der Presse vorgestellten Pläne, die neu zu bauende ICE-Strecke Frankfurt – Mannheim mit der Güterverkehrsstrecke Mainz – Aschaffenburg nach der Variante a („Kurze Weiterstädter Kurve“) miteinander zu verbinden, wird weiterhin abgelehnt.
2. Seitens der Stadt Weiterstadt wird weiterhin die Variante d (Verbindung der beiden Trassen über eine Strecke entlang der A67 = „Klein-Gerau-Spange“) gefordert.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Folgender Punkt verbleibt im Ausschuss:

1. Der Magistrat wird beauftragt, alle rechtlich notwendigen Schritte einzuleiten, die zur Durchsetzung einer Änderung der Streckenplanung gegenüber der Deutschen Bahn notwendig sind. Haushaltsmittel hierfür sind im Haushalt 2020 bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig